



12. Oktober 2013

Keine Frauenquote auf europäischer Ebene

Die MIT hat ihr NEIN zur Einführung einer Frauenquote bekräftigt. Die Delegierten der 11. MIT-Bundesdelegiertenversammlung in Braunschweig lehnten eine Frauenquote für Führungsorgane börsennotierter Gesellschaften auf europäischer Ebene ab. Die MIT wendet sich damit entschieden gegen die Pläne des Europäischen Parlaments, künftig eine verpflichtende Frauenquote auch für mittelständische Unternehmen vorzuschreiben.

EU-Kommissarin Viviane Reding hatte bereits im November 2012 öffentlich die Einführung einer Frauenquote für Führungsorgane börsennotierter Gesellschaften gefordert. Das Europäische Parlament stellte am 9. Juli 2013 seinen entsprechenden Bericht zum Kommissionsvorschlag vor. Die Ausnahmen für kleine und mittlere Unternehmen sollen demnach gestrichen werden.

Der Vorstoß der EU-Kommission widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip. Die Mitgliedsstaaten sind für derartige Regelungen eigenverantwortlich zuständig. Zudem nimmt der Frauenanteil in Führungspositionen stetig zu. Anfang 2013 waren schon 20,41 Prozent der DAX-30-Aufsichtsratsmitglieder weiblich. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in kleinen und mittleren Unternehmen beträgt sogar 30 Prozent.

Die MIT fordert insbesondere die Europaabgeordneten von CDU und CSU auf, eine solche Regelung auf europäischer Ebene zu verhindern. Eine gesetzlich verbindliche Frauenquote greift massiv in die Vertragsfreiheit sowie das Eigentumsrecht der Unternehmen ein. Unternehmerische Personalpolitik gehört nicht zu den Aufgaben der Politik, sondern ist wesentlicher Bestandteil der Unternehmerfreiheit.